

SATZUNG

über die Benutzung des Bürgerhauses und seiner Einrichtungen in der Ortsgemeinde Herold vom 01. Dezember 2001

Aufgrund des § 24 Gemeindeordnung (GemO) für Rheinland-Pfalz vom 31.01.1994 (GVBl. S. 153) in der jeweils gültigen Fassung hat der Ortsgemeinderat Herold für die Benutzung des Bürgerhauses und seiner Einrichtungen am 23.11.2001 folgende Satzung beschlossen:

§ 1

Benutzungsrecht

Den Einwohnern, allen Vereinen und Verbänden in der Ortsgemeinde Herold steht das Recht auf Benutzung aller Räumlichkeiten mit ihren Einrichtungen im Bürgerhaus und dem dazugehörigen Parkplatz zu.

Für auswärtige Personen, Vereine und Verbände wird das Benutzungsrecht nur insoweit eingeräumt, als es nicht durch den ortsansässigen Personenkreis geltend gemacht wird.

In diesen Fällen ist für die Benutzung der Abschluss einer Sondervereinbarung erforderlich.

§ 2

Benutzungsmöglichkeit

Die in § 1 genannten Räumlichkeiten und Einrichtungen können benutzt werden für Familienfeiern, Veranstaltungen aller Art und Übungsstunden der Vereine. Die Räumlichkeiten sind rechtzeitig vorher beim Ortsbürgermeister anzumelden.

§ 3

Bezug von Getränken

Alle Veranstalter sind vor der Benutzung des Bürgerhauses darauf hinzuweisen, dass die Gemeinden Herold und Ergeshausen in Bezug auf die Getränkelieferung gemäß Vertrag an die Königsbacher Brauerei in Koblenz bzw. die Firma Willy Bremser, Katzenelnbogen, als Lieferfirma gebunden sind.

§ 4

Übergabe des Inventars

Am Tag vor der Veranstaltung soll der Veranstalter oder dessen Beauftragter zugegen sein, wenn der Ortsbürgermeister oder dessen Beauftragter das Inventar übergibt.

§ 5

1. Haftung

Der Benutzer haftet selbstschuldnerisch für sämtliche während der Benutzungszeit entstandenen Schäden an dem Gebäude, den Außenanlagen, an Inventar und Zubehör.

2. Haftungsfreistellung

Der Benutzer oder die Benutzergruppe stellt die Ortsgemeinde von etwaigen Haftpflichtansprüchen seiner Bediensteten, Mitglieder oder Beauftragten, der Besucher seiner Veranstaltungen oder sonstiger Dritter für Schäden frei, die im Zusammenhang mit der Benutzung des Bürgerhauses und seiner Außenanlagen stehen.

Der Benutzer oder die Benutzergruppe verzichten ihrerseits auf eigene Haftpflichtansprüche gegen die Ortsgemeinde und für den Fall der eigenen Inanspruchnahme auf die Geltendmachung von Rückgriffansprüchen gegen die Ortsgemeinde und deren Bediensteten oder Beauftragten.

Von dieser Vereinbarung bleibt die Haftung der Ortsgemeinde als Grundstückseigentümer für den sicheren Bauzustand von Gebäuden gemäß § 836 BGB unberührt.

§ 6 Pflichten des Benutzers

Nach der Veranstaltung sind die benutzten Räume einschließlich der mitbenutzten Einrichtungsgegenstände und Gebrauchsgegenstände unverzüglich durch den Benutzer zu reinigen und an den Ortsbürgermeister bzw. dessen Beauftragten mit den Schlüsseln zu übergeben. Festgestellte Schäden und Mängel sind dabei anzuzeigen.

§ 7 Benutzungsgebühren

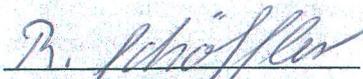
Für die Erhebung der Gebühren für das Bürgerhaus ist die jeweilige Gebührensatzung maßgebend.

§ 8 Inkrafttreten

Diese Satzung tritt am 01. Januar 2002 in Kraft. Gleichzeitig tritt die Satzung über die Benutzung des Dorfgemeinschaftshauses und seiner Einrichtungen vom 20. Jan. 1988 außer Kraft.

Herold, den 01. Dezember 2001

Für die Ortsgemeinde



Rudi Schöffler
Ortsbürgermeister



HINWEIS

Nach § 24 Abs. 6 der Gemeindeordnung gelten Satzungen, die unter Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften dieses Gesetzes oder aufgrund dieses Gesetzes zustande gekommen sind, ein Jahr nach der Bekanntmachung als von Anfang an gültig zustande gekommen. Dies gilt nicht, wenn

1. die Bestimmungen über die Öffentlichkeit der Sitzung, die Genehmigung, die Ausfertigung oder die Bekanntmachung der Satzung verletzt worden sind, oder
2. vor Ablauf der in Satz 1 genannten Frist die Aufsichtsbehörde den Beschluß beanstandet oder jemand die Verletzung der Verfahrens- oder Formvorschriften gegenüber der Gemeindeverwaltung unter Bezeichnung des Sachverhalts, der die Verletzung begründen soll, schriftlich geltend gemacht hat.

Hat jemand eine Verletzung nach Satz 2 Nr. 2 geltend gemacht, so kann auch nach Ablauf der in Satz 1 genannten Frist jedermann diese Verletzung geltend machen. Bei der Bekanntmachung der Satzung ist auf die Voraussetzungen für die Geltendmachung der Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften und die Rechtsfolgen hinzuweisen.

56368 Katzenelnbogen, den 01. Dez. 2001

Verbandsgemeindeverwaltung
Katzenelnbogen


Harald Gemmer
Bürgermeister



20. P. 12.

BEKANNTMACHUNGSVERMERK

Die vorstehende Satzung wurde gemäß § 27 GemO und entsprechend der Hauptsatzung der Ortsgemeinde/~~Stadt~~ Herold im Informationsblatt für den Einrich. Nr. _____ am 20. Dez. 2001 in vollem Wortlaut öffentlich bekanntgemacht.

Diese Satzung ^{trifft} ist damit am 01. Jan. 2002 in Kraft ~~getreten~~.

56368 Katzenelnbogen, den 09. Jan. 2002

Verbandsgemeindeverwaltung
Katzenelnbogen

i. A.

(J. Gemmer)

